



**Empfehlungen der Bildungscoalition NGO**

Die Bildungscoalition NGO ist eine Allianz von über 30 nationalen Nicht-Regierungsorganisationen aus den Bereichen Umwelt, Entwicklung, Gesundheit, Menschenrechte und Jugend. Sie vertritt deren Interessen in der Bildung, Forschung und Innovation und entwickelt Empfehlungen zu bildungspolitischen Geschäften.

**Geschäfte im Nationalrat**

<i>Datum</i>	<i>Vorlage</i>	<i>Empfehlung Bildungscoalition NGO</i>
	<i>Geschäfte des Bundesrates</i>	
Mittwoch, 27. Sept. 2017	Bundesbeschluss Entwurf 1 ( <a href="#">17.036</a> ) <b>Weltausstellung 2020 in Dubai</b>	<b>Annahme</b> des Bundesbeschlusses
	<i>Parlamentarische Initiativen 1. Phase</i>	
Montag, 11. Sept. 2017	Parlamentarische Initiative Mazzone ( <a href="#">17.429</a> ) <b>Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren</b>	<b>Annahme</b> der Parl. Initiative
	<i>Parlamentarische Vorstösse WBF</i>	
Montag, 18. Sept. 2017	Motion Munz ( <a href="#">15.3839</a> ) <b>Alleinerziehende. Bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Nachholbildung</b>	<b>Annahme</b> der Motion
	Postulat Masshardt ( <a href="#">15.4023</a> ) <b>Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse</b>	<b>Annahme</b> des Postulats

Positionen der Bildungscoalition NGO auf den folgenden Seiten.

**17.036 – Bundesbeschluss Entwurf 1**  
**Weltausstellung 2020 in Dubai**

**Inhalt der Vorlage**

Gemäss Bundesrat stellt der Auftritt der Schweiz an der Weltausstellung 2020 in Dubai vor allem eine Chance dar, Stärken der Schweiz wie ihre Innovationskraft, ihre Forschungskapazitäten und ihr qualitativ hochstehendes Bildungsangebot einem internationalen Publikum vorzustellen.

Dabei soll sich die Schweiz mit dem Leitthema «Connecting Minds, Creating the Future» und den Unterthemen der Expo 2020 «Mobilität, Chancen und Nachhaltigkeit» auseinandersetzen (siehe [Medienmitteilung](#) des Bundesrates vom 17.05.2017).

**Position der Bildungscoalition**

- Artikel 2 der Bundesverfassung erklärt die «Nachhaltige Entwicklung» zu einem Staatsziel der Schweiz. Seit 1997 hält der Bundesrat die politische Stossrichtung seiner Nachhaltigkeitspolitik zudem in einer entsprechenden Strategie fest. Sie trägt der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimension der nachhaltigen Entwicklung in ausgewogener Weise Rechnung und zeigt damit unter anderem auch, wofür die Schweiz steht und welche Werte sie vertritt.
- Für die Entwicklung eines zukunftsverantwortlichen Denkens, eines eigenständigen sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Urteilsvermögens sowie der Fähigkeit, am politischen Geschehen des demokratischen Gemeinwesens teilnehmen zu können, ist Bildung von besonderer Bedeutung. Durch die Integration einer «Bildung für eine Nachhaltige Entwicklung» über sämtliche Bildungsstufen hinweg richtet sich die Schweiz konsequent an den Chancen und Potentialen für Individuen und Gesellschaft als Ganzes aus und schafft damit die Voraussetzungen, die Zukunft nachhaltig zu gestalten.
- Von frühkindlichem Lernen bis Erwachsenenbildung (Lebenslanges Lernen), von informeller bis formaler Bildung, mit globalem Lernen, Umweltbildung, ökonomischer und politischer Bildung (inkl. Menschenrechtslernen) sowie Gesundheitsförderung werden in der Schweiz zunehmend auch Kompetenzen vermittelt, die Individuen befähigen, drängende Herausforderungen gemeinsam mit anderen zu lösen.
- Der Schweizer Auftritt an der Expo 2020 in Dubai soll gezielt dazu genutzt werden, diesen zentralen Aspekt des qualitativ hochstehenden Bildungsangebotes in der Schweiz darzustellen.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO:**  
**Annahme des Entwurfs unter den oben beschriebenen Voraussetzungen**

**17.429 – Parlamentarische Initiative Mazzone**  
**Stärkung der Demokratie. Politische Rechte ab 16 Jahren**

**Inhalt der Vorlage**

Die parlamentarische Initiative fordert die Einführung von politischen Rechten in Bundessachen für alle Schweizerinnen und Schweizer ab 16 Jahren.

Gewissen Studien zufolge wird in zwanzig Jahren die Hälfte aller Stimmberechtigten sechzig oder älter sein. Dies wird zu einem Problem bei der Repräsentativität führen. Durch das Einführen von Volksrechten ab 16 Jahren könnte dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Jugendliche erhalten mit 16 Jahren bereits heute verschiedene Rechte: Sie sind zu geschlechtlichem Verkehr berechtigt, dürfen ihre Konfession wählen, bestimmte Arten von Alkohol konsumieren und müssen wichtige Entscheidungen treffen, insbesondere in Bezug auf ihre berufliche Zukunft. Politische Rechte ab 16 Jahren zu gewähren würde diese Palette von Verantwortungen ausbauen und den Jugendlichen erlauben, das politische Wissen aus der Schule konkret anzuwenden.

In diversen Kantonen ist das Anliegen entweder bereits umgesetzt oder es wurden Vorstösse dazu eingereicht. In anderen Ländern ist das Anliegen zum Teil auf nationaler oder tieferer Ebene bereits Realität.

**Position der Bildungscoalition**

- Die Einführung des heute gültigen Stimmrechts ab 18 Jahren erfolgte in mehreren Schritten: Allgemeines Männerstimmrecht, Einführung des Frauenstimmrechtes (1971), Herabsetzung des Stimmrechtsalters auf 18 Jahre (1991). Die Zusammensetzung der Stimmbürgerschaft passte sich damit über die Zeit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen und Entwicklungen an. Aufgrund der demografischen Entwicklung verschiebt sich die Mehrheit der Wählerschaft heute zunehmend hin zu den älteren Stimmberechtigten. Seit 2010 sind mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten über 50 Jahre alt. Abstimmungsvorlagen und Wahlen betreffen aber die Zukunft der Jugendlichen. Damit in unserer Demokratie alle eine gleichwertige Stimme haben, sollen Jugendliche möglichst früh mitreden können.
- Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass das politische Wissen von jungen Schweizerinnen und Schweizer nicht befriedigend ist. Die politische Bildung muss deshalb verbessert werden, wie dies bereits in verschiedenen Vorstössen auf nationaler Ebene verlangt wird. Die Gewährung politischer Rechte in Bundessachen für Schweizerinnen und Schweizer ab 16 Jahren bietet die Chance, die politische Bildung an den Schulen und Berufsschulen zu stärken. Je früher die Jugendlichen ihre Kenntnisse in der Praxis anwenden können, umso besser ist ihre politische Bildung und umso früher engagieren sie sich auch in unserem Milizsystem.
- Kinder und Jugendliche sind die Zukunft eines Landes. Sie verdienen Vertrauen und sollten in Bezug auf ihre politische Reife und auf ihr politisches Interesse nicht unterschätzt werden. Wie eine repräsentative Langzeitstudie des Schweizerischen Nationalfonds aus dem Jahre 2007 zeigt, besitzt die Mehrheit der Heranwachsenden eine grosse Bereitschaft, in ihrem Leben Verantwortung zu übernehmen. Diese Bereitschaft muss mit Vertrauen belohnt werden: Denn wachsen die Kinder und Jugendlichen erst einmal unter günstigen Bedingungen auf, steigen die Chancen, dass sie ihre Potenziale ausschöpfen, sich entfalten und Verantwortung übernehmen können.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO:**  
**Annahme der Parlamentarischen Initiative**

**15.3839 – Motion Munz**

**Alleinerziehende. Bessere Integration in den Arbeitsmarkt durch Weiterbildung und Nachholbildung**

**Inhalt der Vorlage**

Der Bundesrat wird beauftragt, im Rahmen der Fachkräfte-Initiative das inländische Fachkräftepotenzial besser zu nutzen, indem er die Chancen der Alleinerziehenden auf dem Arbeitsmarkt durch gezielte Weiterbildung und Nachholbildung nachhaltig verbessert.

**Position der Bildungscoalition NGO**

- Gemäss Bundesamt für Statistik verfügten 2015 rund 550'000 Erwachsene zwischen 25 und 64 Jahren über keinen Berufsabschluss. Gemäss Schweizerischer Arbeitskräfteerhebung 2016 (SAKE) waren davon über 412'000 Personen erwerbstätig, also rund 75 Prozent. Diese Personen arbeiten oft in Tieflohnstellen und sind überdurchschnittlich gefährdet, arbeitslos zu werden. Ihre berufliche Mobilität ist stark eingeschränkt. Auf volkswirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene resultieren durch die „Ausbildungslosigkeit“ von Personen ohne nachobligatorische Ausbildung Kosten von rund 10'000 Franken pro Person und Jahr (Büro für Arbeits- und Sozialpolitische Studien BASS AG, 2009). Durch eine gezielte Förderung der Nachhol- und Weiterbildung eine bessere Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt sicherzustellen, ist daher insbesondere auch aus ökonomischer Sicht zielführend.
- Wegen der besonderen Konstellation aus familiärer, arbeitszeitlicher und finanzieller Belastung haben Alleinerziehende beim Zugang zur Nachhol- und Weiterbildung sehr hohe Hürden zu überwinden. Um diese Hürden zu senken, ist ein gezieltes Förderprogramm notwendig. Wie dies gemacht wird, zeigt sich im Moment im Bereich der arbeitsplatzorientierten Förderung der Grundkompetenzen, wo der Bund ab 2018 auf Grundlage des Berufsbildungsgesetzes (BBG) direkt Bildungsmassnahmen unterstützen wird. Im Falle der Alleinerziehenden braucht es eine gemeinsame Initiative mit den Kantonen, den Organisationen der Arbeit sowie den Sozialpartnern, sowie den Einbezug der Dachorganisationen im Elternbereich, z.B. Elternbildung.ch. Gefordert sind im Speziellen auch die einzelnen Betriebe, die ihre Verantwortung wahrnehmen und ihre Mitarbeiter aktiv unterstützen und begleiten sollen.
- Der Bundesrat verweist in seiner Stellungnahme zur Motion auf das Projekt «Berufsabschluss für Erwachsene» sowie das Armutsprogramm. In beiden Initiativen werden zwar Studien und Pilotprojekte unterstützt, jedoch keine konkreten Förderprogramme für spezifische Zielgruppen umgesetzt. Ausserdem hat keine der beiden Initiativen dazu geführt, dass sich die Rahmenbedingungen für die Nachholbildung oder die berufliche Weiterbildung verändern (mit Ausnahme der Überarbeitung des Validierungsleitfadens durch das SBFI, welche allerdings nur minimale Änderungen brachte). Gerade in Bezug auf die „erwachsenengerechte“ Ausgestaltung der Bildungs- und Beratungsangebote besteht bei sämtlichen Verbundpartnern noch grosser Handlungsbedarf.

**Empfehlung der Bildungscoalition NGO:**  
**Annahme der Motion**

**15.4023 – Postulat Masshardt**  
**Politische Bildung ist im öffentlichen Interesse**

**Inhalt der Vorlage**

Der Bundesrat kann sich an den Kosten der Berufsbildung beteiligen. Dabei sind auch Beiträge an Leistungen im öffentlichen Interesse möglich, sofern diese im Berufsbildungsgesetz festgehalten sind oder durch den Bundesrat in der Verordnung über die Berufsbildung festgehalten werden. Letzteres Vorgehen erwägt der Bundesrat, um etwa auch die internationale Berufsbildungszusammenarbeit als Leistung im öffentlichen Interesse für abgeltungswürdig zu erklären. Der Bundesrat soll daher prüfen, ob auch die politische Bildung als Leistung im öffentlichen Interesse festgelegt werden kann (Art. 64 Abs. 1 der Berufsbildungsverordnung).

**Position der Bildungs**koalition **NGO**

- Der Bundesrat hat in der Vergangenheit bereits mehrfach betont, wie wichtig aus seiner Sicht Staatskunde und politische Bildung für das Funktionieren der direkten Demokratie sind. Um gesellschaftliche Zustände und politische Ereignisse selbstständig einordnen und kritisch hinterfragen zu können, sollen Schülerinnen und Schüler eine politische Analyse- und Urteilsfähigkeit entwickeln. Damit sie sich auch zu aktiven, kritischen und verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger entwickeln, müssen sie zu politischem Denken und Handeln befähigt werden. Dies gilt insbesondere auch für Schülerinnen und Schüler der Berufsschulen, da sie im Verlaufe ihrer Berufsschulzeit das Stimm- und Wahlrecht erlangen. Die Bildungs

**Empfehlung der Bildungs**koalition **NGO**:  
**Annahme des Postulats**

### **Die Bildungscoalition NGO**

Alliance Sud Arbeitsgemeinschaft Swissaid – Fastenopfer – Brot für alle – Helvetas – Caritas – Heks | Amnesty International | Arbeitskreis Tourismus und Entwicklung | Bildungswerkstatt Bergwald | Dachverband Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz DOJ | Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV | Greenpeace | Hannes Pauli Gesellschaft HPG | Helvetas Swiss Intercooperation | humanrights.ch | Incomindios Schweiz | Intermundo Dachverband für Jugendaustausch | Kinderlobby Schweiz | Netzwerk Kinderrechte Schweiz | Peace Brigades International PBI | Pro Juventute | Pro Natura | Public Health Schweiz | RADIX Schweizerische Gesundheitsstiftung | Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände SAJV – CSAJ | Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH | Schweizerische Herzstiftung | Stiftung Kinderdorf Pestalozzi | Stiftung myclimate | Stiftung SILVIVA | Union der Schülerorganisationen der Schweiz und des Fürstentums Liechtenstein USO-UCE-UCS | Verband der Schweizer Studierendenschaften VSS | WWF Schweiz

Bildungscoalition NGO | Postgasse 15 | Postfach 817 | 3000 Bern 8  
[www.bildungscoalition.ch](http://www.bildungscoalition.ch) | [info@bildungscoalition.ch](mailto:info@bildungscoalition.ch) | 031 306 20 22